

URGENT ACTION

ERMITTLUNGEN GEGEN ÄRZTIN

ARGENTINIEN

UA-Nr: UA-018/2022 AI-Index: AMR 13/5270/2022 Datum: 4. März 2022 – as

MIRANDA RUIZ

Im Dezember 2020 hat Argentinien Schwangerschaftsabbrüche endlich legalisiert. Die Ärztin Miranda Ruiz stellt in Tartagal in der Provinz Salta den Zugang zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen sicher. Nun ermittelt die zuständige Staatsanwaltschaft gegen die Ärztin wegen der Verursachung eines Schwangerschaftsabbruchs ohne Zustimmung – eine Straftat, die sie nicht begangen hat. Die Kriminalisierung von Beschäftigten im Gesundheitswesen, die Zugang zu rechtmäßigen Schwangerschaftsabbrüchen gewährleisten, hindert Ärzt_innen daran, eine grundlegende medizinische Versorgung zu leisten. Die Ermittlungen gegen Dr. Miranda Ruiz müssen sofort eingestellt werden, denn die Gewährleistung des Zugangs zu einem rechtmäßigen Schwangerschaftsabbruch ist keine Straftat.

Gegen Dr. Miranda Ruiz wird zu Unrecht wegen der Straftat der Verursachung eines Schwangerschaftsabbruchs ohne Zustimmung ermittelt, obwohl sie im Einklang mit geltenden Gesetzen für den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen gehandelt hat. Das Strafverfahren gegen Miranda Ruiz darf nicht fortgesetzt werden, da sie keine Straftat begangen, sondern medizinische Versorgung im Rahmen des Gesetzes geleistet hat.

Die Behandlung wurde selbständig von einer erwachsenen Patientin beantragt. Ein interdisziplinäres Team am Krankenhaus hat die Rechtmäßigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs im Falle der Patientin überprüft. Dr. Ruiz hat ein Medikament zur Selbstmedikation verschrieben, das den Abbruch der Schwangerschaft verursachte, während die Ärztin selbst nicht im Krankenhaus war.

Die Kriminalisierung von Dr. Ruiz kommt einer Schikane gleich und sorgt in der Bevölkerung und unter Angehörigen der Gesundheitsberufe für Angst. Dies hat unmittelbare negative Auswirkungen auf die Gewährleistung des Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen in Argentinien.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Dezember 2020 legalisierte Argentinien Schwangerschaftsabbrüche auf Verlangen in den ersten 14 Schwangerschaftswochen. Eine zeitliche Begrenzung entfällt, wenn die Gesundheit oder das Leben der Schwangeren gefährdet ist oder die Schwangerschaft Folge von sexuellem Missbrauch ist.

Im September 2021 leitete die für schwere Körperverletzung zuständige Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Miranda Ruiz wegen der mutmaßlichen Straftat des Schwangerschaftsabbruchs ohne Zustimmung ein, nachdem sie den Zugang zu einem von der Patientin beantragten rechtmäßigen Schwangerschaftsabbruch gewährleistet hatte. Während der Ermittlungen wegen einer Straftat, die sie nicht begangen hat, wurde Miranda Ruiz die Freiheit entzogen. Sie ist auch weiterhin Zwangsmaßnahmen ausgesetzt.

Miranda Ruiz ist Assistenzärztin für Familien- und Gemeinschaftsmedizin am Krankenhaus Juan Domingo Perón in Tartagal in der Provinz Salta im Nordwesten Argentiniens. Sie hat sich für diese Arbeit entschieden, weil sie sich für die Gesundheitsversorgung besonders schutzbedürftiger Gemeinschaften einsetzen möchte. Im Krankenhaus nimmt sie an Beratungen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit teil, z. B. zu Verhütung, Familienplanung und Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch.

In dieser Eigenschaft hat sie eine erwachsene Patientin behandelt, die Zugang zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch benötigte. Die Behandlung wurde durch Medikamente zur Selbstverabreichung gewährleistet, die zum Abbruch der Schwangerschaft führten, während Dr. Ruiz selbst nicht im Krankenhaus war.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Aus den klinischen Unterlagen geht hervor, dass sie mit Unterstützung eines interdisziplinären Teams und mit Genehmigung der Krankenhausleitung im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen gehandelt hat.

Staatsanwaltschaften sind gemäß der Verfassung und gesetzlich dazu verpflichtet, objektiv zu ermitteln und alle Klagen fallenzulassen, wenn keine Beweise für die Begehung einer Straftat vorliegen.

Alle staatlichen Stellen sind verpflichtet, die Umsetzung des Gesetzes 27.610 über den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten. Wie der Oberste Gerichtshof in einem beispielhaften Fall zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch im Jahr 2012 feststellte, müssen die Bundesstaaten die „Verfügbarkeit aller medizinischen Bedingungen und Gesundheitseinrichtungen, die für die Durchführung legaler Schwangerschaftsabbrüche erforderlich sind, auf schnelle, zugängliche und sichere Weise gewährleisten“. Er forderte die Justizbehörden aller Gerichtsbarkeiten auf, von einer strafrechtlichen Verfolgung des Zugangs zu rechtmäßigen Schwangerschaftsabbrüchen abzusehen.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE ODER TWITTER-NACHRICHTEN MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte stellen Sie die Ermittlungen gegen Dr. Miranda Ruiz sofort ein, da die Gewährleistung des Zugangs zu einem rechtmäßigen Schwangerschaftsabbruch keine Straftat ist.
- Sehen Sie von einer strafrechtlichen Verfolgung des Zugangs zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen ab. Senden Sie außerdem eine klare Botschaft an die Behörden und die Justiz, dass Beschäftigte im Gesundheitswesen nicht dafür strafrechtlich verfolgt werden dürfen, dass sie ihre Arbeit ordnungsgemäß ausführen und ihren Patient_innen die beste Behandlung bieten, im Einklang mit den besten medizinischen Praktiken und ihrer berufsethischen Verantwortung und in Übereinstimmung mit den vom argentinischen Staat eingegangenen internationalen Menschenrechtsverpflichtungen.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

STAATSANWALT

Gonzalo Ariel Vega
Criminal Prosecutor
Distrito Judicial de Tartagal
Salta

ARGENTINIEN

(Anrede: Dear Gonzalo Ariel Vega /
Sehr geehrter Herr Staatsanwalt)

E-Mail: alcortafigueroa@gmail.com,
mcperez@mpublico.gov.ar

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK ARGENTINIEN

S. E. Herr Pedro Raúl Villagra Delgado
Kleiststraße 23-26
10787 Berlin

Fax: 030-229 14 00

E-Mail: ealem@mrecic.gov.ar

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **22. April 2022** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- The investigation against Dr. Miranda Ruiz must be immediately closed: guaranteeing access to abortion under the law is not a crime.
- The prosecution should refrain from judicializing access to legal abortions and send a clear message to public officials and the justice system that health service providers shall not be prosecuted for doing their job properly and provide the best care options for their patients, in line with best medical practices and their professional ethical responsibilities, and in accordance with the international human rights commitments assumed by the Argentine state.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

